

Günther Oettinger

Günther Oettinger (* 15. Oktober 1953 in Stuttgart) ist seit Februar 2010 Mitglied der **EU-Kommission**. Seit Oktober 2014 ist er EU-Kommissar für Digitalwirtschaft. Vorher war er von 2005 bis 2010 Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg.

Er ist (beratendes) Präsidiumsmitglied des **Wirtschaftsrats der CDU**, der Lobbyorganisation unionsnaher Unternehmer.

Inhaltsverzeichnis

1 Karriere	1
2 Verbindungen / Netzwerke	2
2.1 Die Oettinger-Gruppe	2
3 Wirken	2
4 Fallbeispiele/Kritik	3
4.1 2014: Verschlechterung der Kundenrechte bei der Telekommunikation	3
4.2 2013: Geschönter Bericht über Subventionen im EU-Energiemarkt	3
4.3 2012: Berücksichtigung der Interessen von VW bei der CO2-Politik	3
4.4 2007: Stuttgart 21	3
5 Zitate	4
6 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	4
7 Einzelnachweise	4

Karriere

Lobbyismus in der EU



- Überblick A-Z
- Lobbyismus in der EU
- seit 10/2014 **EU-Kommissar für Digitalwirtschaft**
- 2010-2014 EU-Kommissar für Energie
- 2005–2010 **Ministerpräsident von Baden-Württemberg**
- 2005–2009 Vorsitzender der CDU Baden-Württemberg
- 2001–2005 Bezirksvorsitzender der CDU Nordwürttemberg
- 1991–2005 Fraktionsvorsitzender der CDU im Landtag von Baden-Württemberg
- seit 1988 Mitinhaber der **Oettinger-Gruppe** in Ditzingen

- 1984–2010 Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg
- 1980–1994 Stadtrat in Ditzingen
- seit 1974 Mitglied der CDU
- 1971-1982 Studium der Rechtswissenschaft und Volkswirtschaft an der Universität Tübingen

Quelle: ^[1]

Verbindungen / Netzwerke

Die Oettinger-Gruppe

Der damalige Ministerpräsident Oettinger war im Jahr 2008 zu 25% Mitinhaber der Oettinger-Gruppe, einer Wirtschaftsprüfung, Treuhand-, Revisions- und Unternehmensberatungsgesellschaft in Ditzingen. Gesellschafter der Oettinger-Gruppe ist der **Sparkassenverband Baden-Württemberg**. Dessen Präsident, **Peter Schneider**, ist Vorsitzender des Beirats der Oettinger-Gruppe.^[2]

Problematisch ist diese Verbindung, weil der Ministerpräsident einer Landesregierung vorsteht, die den Sparkassenverband beaufsichtigt, der wiederum an seinem Unternehmen beteiligt ist. Andreas Müller schreibt in der Stuttgarter Zeitung über diese Verbindungen der Oettinger-Gruppe^[3]:

„Entsprechend überrascht reagierten branchenkundige Politiker und Wirtschaftsleute, als die Stuttgarter Zeitung sie auf die Verbindung ansprach. Politisch sei die Oettinger-Gruppe bekanntermaßen "gut vernetzt", aber nein, davon habe man noch nie gehört. Wozu solle sich der Sparkassenverband, der für seine 55 Institute selbst eine große Prüfungsabteilung unterhält, an einer Prüfungsgesellschaft beteiligen? Das könne man sich "eigentlich nicht vorstellen", lautete sogar bei der Wirtschaftsprüferkammer in Berlin die erste Reaktion. Nach der Berufsordnung seien solche Beteiligungen von Nichtprüfern seit 1986 nicht mehr zulässig; nur für "Altfälle" gebe es Bestandsschutz.“

„Um einen solchen Altfall geht es in der Tat – so alt, dass sich Hans-Joachim Oettinger zunächst nur vage erinnerte. Die Beteiligung stamme wohl aus den 60er Jahren, die Motive dafür müsse man erst im Firmenarchiv recherchieren.“

Wirken

Günther Oettinger war vom 29. April 2005 bis zum 20. November 2009 der Landesvorsitzende der CDU Baden-Württemberg. Zudem war er im Zeitraum von 2006 bis 2010 Vorsitzender des medienpolitischen Expertenkreises der CDU Deutschland. Oettinger war von 1984 bis 2010 Mitglied im Landtag Baden-Württembergs. Innernhalb dieser Zeit war er ab dem Jahre 2005 Ministerpräsident des Landes.

Fallbeispiele/Kritik

2014: Verschlechterung der Kundenrechte bei der Telekommunikation

Kurz nach der Übernahme des Amts als "EU-Digitalkommissar" setzte sich Oettinger für eine deutliche Verlängerung der Kündigungsfristen bei DSL-Anschlüssen ein. Das Manager Magazin zeigte in einem Artikel, dass er damit den Lobbyeinflüssen großer Konzerne nachgegeben hat.^[4]

2013: Geschönter Bericht über Subventionen im EU-Energiemarkt

Nach einem Bericht der Süddeutschen Zeitung (SZ) hat EU-Kommissar Oettinger Angaben aus dem Entwurf eines Subventionsberichts streichen lassen, die seiner These widersprechen, erneuerbare Energien würden viel zu hoch gefördert. Die zuständigen Beamten kamen zu dem Ergebnis, dass nicht erneuerbare Energien das meiste Geld erhalten, sondern Kohle- und Gaskraftwerke sowie die Atombranche. Insgesamt bezuschussten die Regierungen der EU die Energiebranche mit mehr als 130 Mrd. Euro jährlich (ohne Haftpflichtversicherungen für Atommeiler). Davon gingen nur 30 Mrd. Euro an grüne Kraftwerke. Im finalen Bericht sind die Zahlen durchgestrichen. Oettingers Sprecherin erklärte, in keinem Dokument seien derlei Details aufgeführt, was nach Auffassung der SZ nicht zutrifft. Dieser liegen zwei Entwürfe vor - und zwar im Korrekturmodus, in dem die Änderungen rot markiert sind.

Quelle: ^[5]

2012: Berücksichtigung der Interessen von VW bei der CO2-Politik

Im Oktober 2012 wurde bekannt, dass Oettinger sich in seinem Amt als EU-Energiekommissar für die Interessen des Autokonzerns **VW** engagierte. Laut ZEIT soll sich Oettinger auf Bitte des VW-Chefs **Martin Winterkorn**, gegen die Einführung einer festen CO2-Obergrenze ab dem Jahre 2020 eingesetzt haben. Der VW Chef hatte sich einige Tage vor der diesbezüglichen Verhandlung der EU-Kommission am 11. Juli 2012 an Oettinger gerichtet, um die Interessen VWs in den Beratungen zu wahren. Im Antwortschreiben Oettingers gibt der Energiekommissar an, das Anliegen Bitterkorns berücksichtigt zu haben.^[6] In dem **Brief** schreibt Oettinger, durch sein Engagement könnten "die Diskussion über unsere CO2-Politik für Pkws nach 2020 ergebnisoffen geführt werden".^[7] Auf diese Weise trug Oettinger maßgeblich zu einer Entschärfung der CO2-Richtlinien für Pkws auf europäischer Ebene bei.

2007: Stuttgart 21

Im öffentlichen Bahn-Verkehr einigten sich Oettinger, der damalige Bundesverkehrsminister **Wolfgang Tiefensee** und Bahnchef **Hartmut Mehdorn** am 19. Juli 2007 zu den Verhandlungen über die **Neubaustrecke Wendlingen-Ulm** sowie über das Projekt **Stuttgart 21**.^[8]

Zitate

Für Kritik sorgte auch Oettingers Trauerrede beim Staatsakt im Freiburger Münster zum Begräbnis von **Hans Filbinger** am 11. April 2007. Oettinger bemerkte: "Anders als in einigen Nachrufen zu lesen, gilt es festzuhalten: **Hans Filbinger** war kein Nationalsozialist. Im Gegenteil; er war ein Gegner des NS-Regimes". Oettinger weiter: "Es bleibt festzuhalten: Es gibt kein Urteil von **Hans Filbinger**, durch das ein Mensch sein Leben verloren hätte". Am 16. April erklärte Oettinger, dass er sich von seinen eigenen Äußerungen distanzieren.^[9]

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Günther H. Oettinger](#), ec.europa.eu, aufgerufen am 29.04.2014
2. ↑ [Das Stuttgart 21-Kartell](#), kopfbahnhof-21.de, aufgerufen am 29.04.2014.
3. ↑ [Gut vernetzt: Alte Bande zwischen den Sparkassen und Oettingers](#), Stuttgarter Zeitung vom 30.05.2008, aufgerufen am 21. Oktober 2010.
4. ↑ [Lobbyismus-Verdacht: Günther Oettinger, der aufgescheuchte Kommissar der Unternehmen](#), Manager Magazin, 19. November 2014, zuletzt aufgerufen am 19.11.2014
5. ↑ [Genios Presse-Archiv](#) Schön, schöner, geschönt EU-Kommissar Oettinger streicht Zahlen aus Subventionsbericht], Süddeutsche Zeitung vom 14. Oktober 2013, S. 1, abrufbar über [Genios Presse-Archiv](#)
6. ↑ [CO2-Grenze: Oettinger kümmert sich um VW Interessen](#),www.Zeit.de, aufgerufen am 26.10.12
7. ↑ [Oettinger, Freund der Autoindustrie](#), www.sueddeutsche.de, aufgerufen am 26.10.12
8. ↑ [Biografie](#), www.whoswho.de, aufgerufen am 13.10.2010.
9. ↑ [Biografie](#), homepage whoswho.de, aufgerufen am 29.04.2014.